

Reaktionen

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebenspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **119 (1993)**

Heft 46

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-618465>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Reaktionen

SP

«Wir sind dafür, aber der Berg ruft noch immer.»

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz befürwortet das Manifest und die damit verbundene neue Staatsform. Dies sei keine Kapitulation vor der sozialen Frage, sondern ein klares Bekenntnis zur reduktiven Demokratie, die «ganz klar immer schon ein Anliegen der Linken war», wie SP-Präsident Peter Bodenmann betont. Auch Bundesrat Otto Stich befürwortet das Manifest, wehrt sich aber gegen den Vorwurf, plötzlich auf der Seite der Wirtschaft zu stehen. Die vom *Nebelspalter* präsentierte neue Staatsform sei vielmehr «der einzige Ausweg aus der Finanzmisere». Bundesrätin Ruth Dreifuss, bekannt für ihre Gleichnisse: «Wir haben die erste Etappe geschafft, der Berg ruft aber noch immer.»

EDU

«Wieso das Werk Gottes?»

Die Eidgenössisch-Demokratische Union stemmt sich ebenfalls gegen die vom *Nebelspalter* präsentierte neue Gesellschaftsform. Die Kritik der EDU ist christlich-moralisch begründet: Die Partei stösst sich daran, dass «ausgerechnet die Gotteswerker des Opus dei oeconomici staatlich anerkannt werden». Laut EDU ist ein solches Vorgehen «moralisch verwerflich und ganz klar nicht jugendfrei».

SVP

«Das Ziel bleibt die Suchtfreiheit.»

Die Schweizerische Volkspartei lehnt die neue Staatsform mit Entschiedenheit ab. Die Vorherrschaft der Wirtschaft, so SVP-Präsident Hans Uhlmann, lenke vom eigentlichen Ziel schweizerischer Politik ab: «Wir wollen eine suchtfreie Gesellschaft.»

CVP

«Wieso die Frauen?»

Die Christlichdemokraten sind wieder einmal gespalten. CVP-Präsident Carlo Schmid warnt für einmal nicht vor Windsor-Verhältnissen, sondern meldet staatspolitische Bedenken an: «Wieso sind die Frauen auch berechtigt?» Schmid verlangt, dass die grundsätzliche Berechtigung der Frauen von einem Hearing abhängig gemacht wird. Ganz anders lautet die Stellungnahme der Christlichsozialen: Sie stemmt sich mit aller Kraft gegen das neue Manifest, weil sich die unnehmerische Freiheit auf Autobahnen nicht christlichen Werten unterordne und damit die Familie als Kern des Staates in Frage gestellt werde.

Grüne

«Wir hören auf!»

Die Grüne Partei der Schweiz gibt auf: «Das neue Manifest dient weder den Frauen noch dem Regenwald!» Sollte die neue Staatsform in Kraft treten, wird sich die GP nach eigener Aussage «unverzüglich auflösen».

FDP

«Mit Vorbehalt einverstanden.»

Die Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz befürwortet das neue Manifest «mit Vorbehalt». Die FDP begrüsst die Stärkung der Wirtschaft und des Finanzplatzes Schweiz, meldet aber bezüglich Ausschaffung von Nicht-SEG-Mitgliedern Vorbehalte an: «Das müsste schneller und unbürokratischer geschehen», verlangt FDP-Präsident Franz Steinegger. Immerhin, so Steinegger, sei das Kirchenasyl nun endlich manifestrechtlich verboten.

Autopartei

«Endlich kehrt Ruhe ein.»

Die Autopartei zeigt sich entzückt ob des neuen Manifests: «Endlich hat die Schweiz erkannt, was die Welt im Innersten zusammenhält», frohlockt Michael Dreher. Erleichtert zeigt sich der Autopartei-Leader zudem über die neue Ausschaffungspraxis: «Endlich kehrt Ruhe ein in unserem Land.»

Bernhard Russi

«Schade!»

Bernhard Russi, seit kurzem als neuer Sportminister im Gespräch: «Ich finde es schade, dass die Schweiz eine solche Chance vergibt!»